



**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750

Jugendhilfeplanung den demographischen Veränderungen anpassen

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien möge beschließen:

- 1. Die Verwaltung stellt ein Konzept vor, das darlegt, wie auf die deutlich steigenden Zahlen an Kindern und Jugendlichen in Münster reagiert wird. Dabei werden insbesondere die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit, die Angebote der Familienbildung / Erziehungsberatung sowie die Hilfen zur Erziehung in den Blick genommen.**
- 2. Inhalt der Planungen soll ebenfalls eine Bewertung der Entwicklung der sozialen Strukturen in den Stadtbezirken sein.**
- 3. Es soll gleichzeitig dargestellt werden, welche Auswirkungen die Planungen auf die personellen Ressourcen sowohl im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, als auch bei freien Trägern haben werden.**

Begründung :

Die Fortschreibung der Kleinräumigen Bevölkerungsprognose zeigt, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Münster deutlich ansteigen wird. Je nach Prognosevariante wird die Münsteraner Bevölkerung in acht Jahren zwischen 2.500 oder fast 10.000 mehr Kinder und Jugendliche aufweisen.

Diese Zunahmen stellen die Stadt Münster vor große Herausforderungen. Die Entwicklung ist bereits seit längerem absehbar und wird von der Verwaltung z.B. bei der Planung von Plätzen für Kindertagesbetreuung, bei der offenen Ganztagschule oder bei der Schulentwicklungsplanung laufend mit berücksichtigt.



Münster verfügt zudem heute über sehr gute Standards in der Kinder- und Jugendhilfe. Bei der stark steigenden Anzahl an Kindern und Jugendlichen ist es jedoch notwendig in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe die Infrastruktur anzupassen. Ziel ist es fortwährend gute Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen, Risiken präventiv zu begegnen und falls notwendig individualisierte Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien bereit zu halten.

Damit dies gelingt, muss nicht nur die Entwicklung der Zahlen berücksichtigt werden. Dazu gehört ebenfalls, in den Sozialräumen die Bevölkerungsentwicklung mit ihrer Sozialstruktur und sich daraus ergebenden Handlungsbedarfen für die Jugendhilfe vorzuplanen.

Zudem gibt es voraussichtlich wachsende Bedarfe aufgrund der Migration. Merkbar ist dies schon jetzt im Bereich der Inobhutnahmen und der stationären Hilfen.

Familien, die in Deutschland einwandern, haben darüber hinaus besondere Bedarfe bei Integration, bei der Kindertagesbetreuung sowie bei den Zugängen zur Bildung.

Eine Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur bedeutet gleichzeitig eine Weiterentwicklung personeller Ressourcen bei allen Anbietern von Kinder- und Jugendhilfeleistungen, mit den entsprechenden finanziellen Auswirkungen. Um hier frühzeitig Planungssicherheit für alle beteiligten Ämter und alle Träger zu erreichen, gehört die Ressourcenplanung mit zur Konzepterstellung.

Anne Schulze Wintzler
und Fraktion

